



## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 26.10.2017

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadträtin Lucia Authaler  
Stadträtin Magdalena Bopp  
Stadtrat Alfred Braig  
Stadtrat Rainer Etzinger  
Stadträtin Steffi Etzinger  
Stadtrat Christoph Funk  
Stadträtin Marlene Goeth  
Stadträtin Flavia Gutermann  
Stadtrat Hubert Hagel  
Stadtrat Ralph Heidenreich  
Stadtrat Ulrich Heinkele  
Stadtrat Walter Herzhauser  
Stadträtin Monika Holl  
Stadträtin Manuela Hölz  
Stadtrat Reinhold Hummler  
Stadträtin Elisabeth Jeggle  
Stadtrat Werner-Lutz Keil  
Stadtrat Friedrich Kolesch  
Stadträtin Gabriele Kübler  
Stadtrat Bruno Mader  
Stadtrat Dr. Rudolf Metzger  
Stadtrat Herbert Pfender  
Stadtrat Dr. Heiko Rahm  
Stadträtin Petra Romer-Aschenbrenner  
Stadtrat Dr. Peter Schmid  
Stadtrat Peter Schmogro  
Stadträtin Silvia Sonntag  
Stadtrat Johannes Walter  
Stadtrat Josef Weber  
Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele  
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

## Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 26.10.2017

entschuldigt:

Stadtrat Otto Deeng

Protokollführer:

Florian Achberger, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement

Verwaltung:

Ortsvorsteher Helmuth Aßfalg, Stafflangen

Ortsvorsteher Walter Boscher, Ringschnait

Wilfried Erne, Hauptamt

Ortsvorsteher Theo Imhof, Rißegg

Tanja Kloos, Amt für Bildung, Betreuung und Sport bis TOP 5

Siegfried Kopf-Jasinski bis TOP 5

Baubürgermeister Christian Kuhlmann

Margit Leonhardt, Kämmereiamt

Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt

Erster Bürgermeister Roland Wersch

Andreas Winter, Bruno-Frey-Musikschule bis TOP 5

**Tagesordnung**

<b>TOP-Nr.</b>	<b>TOP</b>	<b>Drucksache Nr.</b>
1.	Glückwünsche und Tagesordnung	
2.	Erweiterung der Braith-Grundschule und Sanierung und Umbau des Bestandsgebäudes Raumprogramm, Maßnahmen, Kosten, Planung	2017/182
3.	Zukunft des Pestalozzihauses II	2017/174 + 2017/174/1 + 2017/174/2
4.	Antrag auf Einrichtung eines Förderfonds für musische und darstellende Künste - Antrag der FDP-Fraktion vom 29.6.2017 - AT 2017/013	2017/145
5.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 30.09.2017	2017/189
6.	Bericht zur Haushaltsplanentwicklung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach - III. Quartal 2017	2017/179
7.	Verbandsversammlung Zweckverband IGI Risstal - Entsendung von Vertretern aus dem Gemeinderat	2017/175
8.	Bekanntgaben	
8.1.	Bekanntgaben - Volkstrauertag	
8.2.	B 312 / Ortsumfahrung Ringschnait - Antrag der CDU-Fraktion	AT 2017/018
8.3.	Bekanntgabe eines nichtöffentlich gefassten Beschlusses des Gemeinderats vom 05.10.2017	2017/138
9.	Verschiedenes	
9.1.	Verschiedenes - Hundeverbot auf dem Wochenmarkt	
9.2.	Verschiedenes - StR Heinkele übernimmt ab 1. November Fraktionsvorsitz bei den FW	
9.3.	Verschiedenes - Minikreisel Gaisental	
9.4.	Verschiedenes - Bürgertag	

Die Mitglieder wurden am 18.10.2017 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 18.10.2017 ortsüblich bekannt gegeben.

**TOP 1. Glückwünsche und Tagesordnung**

OB Zeidler begrüßt die anwesenden Gäste und gratuliert StR Dr. Metzger zu seinem heutigen Geburtstag. Abschließend fragt er in die Runde, ob es Anträge zur Tagesordnung gebe.

StR Funk teilt mit, dass er den **FDP-Antrag auf Einrichtung eines Förderfonds für musische und darstellende Künste** vom 29.06.2017 **zurückziehen** möchte. Kulturdezernent Dr. Riedlbauer unterstütze die angesprochenen Projekte bereits und er möchte kein zusätzliches Geld außerhalb des Kulturbudgets.

**Damit ist der Antrag zurückgezogen.**

**TOP 2. Erweiterung der Braith-Grundschule und Sanierung und Umbau des Bestandsgebäudes 2017/182**  
**Raumprogramm, Maßnahmen, Kosten, Planung**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 2017/182 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und jeweils einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 16.10.2017 und im Hauptausschuss am 19.10.2017.

OB Zeidler berichtet, dass es einen Schriftverkehr mit dem Gesamtelternbeirat der Biberacher Grundschulen gegeben habe, der den Fraktionen weitergeleitet worden sei.

Baudezernent Kuhlmann erläutert, dass die Zukunft der Braithschule 2016 in den Gremien diskutiert worden sei. Dabei habe man sich für den Erhalt der Braithschule und einen zweigeschossigen Erweiterungsbau entschieden, der vor allem die Ganztagesangebote sowie die Mensa und Küche aufnehmen solle. Das hierfür nötige Grundstück sei erworben worden und die nun vorliegende Vorlage sei die Konkretisierung der Überlegungen. Der Erweiterungsbau solle mit Aufzug barrierefrei erstellt werden, so dass die Schule insgesamt teilweise barrierefrei sein werde. Schulisch könne dies so organisiert werden, dass im Erweiterungsbau jene Angebote untergebracht werden, für die eine Barrierefreiheit erforderlich ist. Dieses Konzept sei auch so mit der Schule abgestimmt. Was dann noch zu Diskussionen geführt habe, sei die Erschließung des Erweiterungsbaus, denn zwischen dem alten Schulgebäude und dem Erweiterungsbau gebe es ein Wegerecht, welches die direkte Anbindung für die Schule verhindere. Daher sei mit der Schule abgesprochen worden, dass der öffentliche Steg dazu genutzt werden solle, um die Schüler zum Erweiterungsbau zu bringen. In der Vorberatung sei auch die Kostenprognose diskutiert worden, wobei die Gesamtsumme einige etwas habe aufschrecken lassen. Es sei immer schwierig, eine Kostenprognose abzugeben, wenn noch gar keine konkreten Pläne vorliegen. Man arbeite hier mit Standardzahlen und habe bewusst keine nach unten gerechneten Zahlen vorlegen wollen. Insofern möchte er klarstellen, dass es sich lediglich um eine Kostenprognose und keine Kostenberechnung handle. Eine Kostenberechnung werde es erst dann geben, wenn konkrete Entwürfe vorliegen. Im Rahmen der Mehrfachbeauftragung von vier Architekturbüros werde die Frage der Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund gestellt und das Verhältnis von Programm- zu Nebenflächen. Der angesetzte Faktor von 2,0 sei ein Maximalwert und in der Mehrfachbeauftragung klar vorgegeben. Im bestehenden Schulgebäude werden Umbauten vorgenommen. In der Machbarkeitsstudie sei bereits die Barrierefreiheit thematisiert worden. Ein Aufzug über alle Geschosse im Inneren des Gebäudes werde vom Baudenkmalamt als äußerst problematisch eingeschätzt. Wenn ein Aufzug realisiert werden solle, dann außen am Gebäude, wobei der Aufzug aber nur bis unter die Traufe gehen könne. Insofern hätte man auch hier nur eine teilweise Barrierefreiheit. Aus diesem Grund sei man zu dem Ergebnis gekommen, hier keinen Aufzug zu bauen, sondern von der Teilbarrierefreiheit insgesamt auszugehen. Das heißt der Schulbetrieb, der unter Gesichtspunkten der Inklusion unproblematisch ist, könne im ersten Stock stattfinden, alles andere im Erdgeschoss oder dem Erweiterungsbau. Aber es sei klar, dass man auch hier nachjustieren könne, die Planung würde gerade erst beginnen. Sobald die Ergebnisse der Mehrfachbeauftragung vorliegen, werde man mit einer Kostenberechnung und Umbauplanung wieder auf das Gremium zukommen.

OB Zeidler ergänzt, dass die Planungen hinsichtlich der Barrierefreiheit sowohl mit der Schulleitung als auch mit dem Elternbeirat besprochen worden seien. Beide seien etwas überrascht ge-

wesen über das Schreiben, dass der Gesamtelternbeirat ohne Beteiligung der dortigen Vertreter auf den Weg gebracht hat.

StR Kolesch teilt mit, froh darüber zu sein, dass das Projekt nun starte. Damit komme man dem Ziel, alle Biberacher Schulen zu sanieren oder neu zu bauen, einen Schritt näher. Die Braith-Schule stehe vor sehr großen Herausforderungen. Es gebe viele Schüler mit Migrationshintergrund, Inklusion sei ein großes Thema und es gebe seit Jahren auch eine Sprachvorbereitungsklasse. Die Schule leiste eine wichtige Integrationsarbeit und insofern sei es gut, dass man hier nun vorankomme und dringend benötigte Räume geschaffen werden. Hierfür sei ein Neubau für 2,8 Millionen Euro vorgesehen. Für die Sanierung der denkmalgeschützten Schule gebe es noch gar keine Kostenberechnung. Er gehe davon aus, dass das Gesamtvolumen am Ende über 5 Millionen Euro betragen werde. Wenn es weniger würde, wäre er froh, aber es würde ihn wundern. Das Konzept der Schule halte er für schlüssig. Man habe auch die Schulleiterin explizit gefragt, ob irgendwelche Wünsche der Schule nicht berücksichtigt worden seien und sie habe erklärt, dass mit diesem Konzept tatsächlich alle Wünsche der Schule erfüllt seien. Insofern sehe er keinen Grund, noch weitere Forderungen zu stellen. Zum Schreiben des Gesamtelternbeirats sei bereits alles gesagt worden und auch die Auswahl der Architekten erscheine ihm schlüssig. Von daher werde er dem Projekt zustimmen, allerdings bitte er darum, mit Nebenflächen sparsam umzugehen. Hier gebe es Einsparpotential ohne in irgendeiner Weise die Funktion zu beeinträchtigen. Dies bitte er zu berücksichtigen.

StRin Kübler meint auch, dass die Schule mehr Platz benötige. Mit der geplanten Erweiterung und der Sanierung des bestehenden Gebäudes soll die Schule ausreichend Raum für ihr vielfältiges Profil erhalten. Eine wichtige Veränderung sei die Einrichtung eines Hortraumes, wodurch das bisherige Pendeln der Schüler zwischen Braith- und Pflugschule nicht mehr nötig sei. Die SPD-Fraktion werde dem Raumprogramm gerne zustimmen. Etwas kritisch sehe sie die geplante, nur teilweise Barrierefreiheit und die Tatsache, dass die Schule nur über Treppen erreicht werden könne.

StRin Bopp bringt ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass es nun los gehe. Die Programmfläche sei geprüft und für angemessen befunden worden. Diese gehe so in Ordnung. Einsparpotential gebe es ihrer Ansicht nach aber noch bei der Bruttogeschossfläche. Über Mehrfachnutzungen könnte Fläche eingespart werden, was bei der künftigen Planung berücksichtigt werden sollte. Ein Faktor von 2,0 sei hoch gegriffen. Gut finde sie, dass die vier ausgewählten Architekturbüros aus der Region kommen. Sie könne sich auch eine Holzbauweise vorstellen. Auch dies wäre eine Überlegung wert. Bezüglich der Sanierung des Altgebäudes gebe es noch einige Unsicherheiten, weshalb auch sie davon ausgehe, dass dies kein Schnäppchen werde. Desweiteren bittet sie zu prüfen, ob es nicht doch eine Möglichkeit gebe, um an Zuschüsse aus dem Sanierungsfonds zu kommen. Was die Barrierefreiheit angeht, bittet sie darum, eine Ziffer 5 in den Beschluss mit folgendem Wortlaut aufzunehmen: " Im Zuge der Sanierung wird geprüft, wie eine Barrierefreiheit hergestellt werden könnte und welche Kosten anfallen würden." Abschließend müsse geprüft werden, wie die Nutzung des öffentlichen Weges durch die Schüler rechtlich zu beurteilen sei, denn schließlich würden diese dann ja das Schulgelände verlassen. Dass der Neubau barrierefrei sein müsse, verstehe sich von selbst.

StRin Sonntag schließt sich ihrer Vorrednerin an. Auch sie bitte nochmal zu prüfen, wie eine komplette Barrierefreiheit verwirklicht werden könnte. Den Übergang der Schüler vom bestehenden Gebäude in den Erweiterungsbau sehe sie nicht so kritisch. Die Schule liege eben mitten in der

Stadt und werde dementsprechend auch sichtbar. Dies werde sich einspielen und sie erwarte deswegen keine größeren Probleme. Bislang müssten die Kinder durch die ganze Stadt zum Hort laufen, insofern sei dies jetzt eine entscheidende Verbesserung. Die Grünen werden allen vier Ziffern zustimmen und sind ebenfalls für die Aufnahme der von StRin Bopp vorgeschlagenen Ziffer 5.

StR Braig bittet darum, dass gleich mit der Auswahl des Architekten mit der Untersuchung des Gebäudes begonnen wird.

Baudezernent Kuhlmann erklärt, dass das Thema Barrierefreiheit im Rahmen der Machbarkeitsstudie angesprochen worden sei. Wenn eine Möglichkeit bestehe, einen Aufzug zu installieren, dann könne dies aus Gründen des Denkmalschutzes nur außen am Gebäude geschehen. Und dieser Aufzug dürfe nicht ins Dachgeschoss eingreifen. Er halte es nicht für sinnvoll, diesen Ansatz weiter zu verfolgen, da der Erweiterungsbau barrierefrei gestaltet werde.

OB Zeidler ergänzt, dass sowohl die Schule, als auch dessen Elternbeirat mit dieser Lösung einverstanden seien. Sollte nun etwas anderes durchgesetzt werden, würden neue Standards definiert, die man dann auch an anderen Schulen einhalten müsse.

Sodann stellt er die zunächst die **Ziffern 1 bis 4** gemeinsam zur Abstimmung.

Diesen Ziffern wird **einstimmig zugestimmt**.

Anschließend erfolgt die **Abstimmung über Ziffer 5** mit folgendem Wortlaut: "Im Zuge der Sanierung wird geprüft, wie eine Barrierefreiheit hergestellt werden könnte und welche Kosten anfallen würden".

Der Aufnahme dieser Ziffer in den Beschlussantrag wird bei 11 Nein-Stimmen (StRin Authaler, Jeggler, Romer-Aschenbrenner, StRe Etzinger, Hagel, Herzhauser, Kolesch, Pfender, Schmogro, Walter und OB Zeidler), 2 Enthaltungen (StRe Mader, Dr. Rahm) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Damit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

#### Beschluss:

- 1. Die Braith-Grundschule erhält einen Erweiterungsbau auf dem Areal des ehemaligen Braithweg-Kindergartens mit einer Programmfläche von 417 m<sup>2</sup>.**
- 2. Es erfolgt eine Mehrfachbeauftragung von vier Architekturbüros.**
- 3. Das Bestandsgebäude wird für die Einrichtung von Inklusionsräumen und einem zusätzlichen Konrektorat umgebaut und saniert.**
- 4. Den Sanierungs- und Umbauftrag für das alte Schulhaus erhält das Architekturbüro Scheytt, Biberach.**
- 5. Im Zuge der Sanierung wird geprüft, wie eine Barrierefreiheit hergestellt werden könnte und welche Kosten anfallen würden.**

**TOP 3. Zukunft des Pestalozzihauses II**

**2017/174 +  
2017/174/1 +  
2017/174/2**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 2017/174 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 16.10.2017 vorberaten. Dessen Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 2017/174/1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Im Hauptausschuss am 19.10.2017 wurden beide oben genannten Drucksachen beraten. Das Ergebnis des mehrheitlichen Beschlusses ist in Drucksache Nr. 2017/174/2 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist.

Baudezernent Kuhlmann erklärt, dass die Interimsnutzung durch die Pflugschule demnächst auslaufe und sich nun die Frage stelle, was mit dem Haus sowie dem Saal passieren solle. Die Verwaltung schlage vor, das Haus nicht sofort abzureißen, aber auch nicht in eine umfassende Sanierung zu investieren. Sprachkurse beispielsweise könnten nach wie vor ohne zusätzlichen Aufwand im Pestalozzihaus stattfinden. Diese Restnutzungszeit sollte seiner Ansicht nach in Anspruch genommen werden, um aktuelle Bedarfe befriedigen zu können. Nach Ablauf der Restnutzungszeit solle keine Sanierung erfolgen, sondern das Haus abgerissen werden. Das Grundstück solle nicht verkauft werden, sondern im Besitz der Stadt verbleiben. Zugleich schlage die Verwaltung vor, in Vorplanungen einzusteigen für einen neuen Vorspielsaal als Anbau an das Hauptgebäude. Bisher seien diverse Alternativen überlegt worden, aber man habe sich nun für einen Anbau entschieden, um die Musikschule mit ihrem attraktiven Angebot zu unterstützen.

StR Hagel meint, dass dieses Thema Sprengstoff berge. Umso erfreulicher sei die sachliche Aufarbeitung des Themas durch die Stadtverwaltung. Es sei zwar das gute Recht des Stadtforums, hierzu Stellung zu beziehen. Allerdings sei es auch gutes Recht der CDU-Fraktion, hier anderer Meinung zu sein und der Verwaltung zuzustimmen. Die CDU sei mit der nachvollziehbaren Argumentation der Verwaltung sehr zufrieden. Das Pestalozzihaus sei nicht denkmalgeschützt und eine Sanierung nicht sinnvoll, sowohl unter wirtschaftlichen als auch unter ökologischen Gesichtspunkten. Zudem sei der Zuschnitt der Räume ungünstig. Es spreche insgesamt außer Nostalgie nichts für den Erhalt des Gebäudes. Auch die blaue Farbe mache das Pestalozzihaus nicht zu einem stadtbildprägenden Gebäude. Die CDU-Fraktion stimme somit der Ausnutzung der Restnutzdauer zu, sei sich aber auch darin einig, dass danach der Abriss zu erfolgen habe, sollte nichts grundlegend anderes passieren. Wichtig sei, dass das Grundstück im Besitz der Stadt bleibe. Auch der Saal sei absolut nicht erhaltenswert, insbesondere was die Akustik anbelange. Hier gebe es zwar auch konträre Meinungen, aber die Fachwelt sei sich eigentlich einig. Vielleicht könne auch Herr Musikdirektor Winter etwas dazu sagen. Auch der Schallschutz im Saal sei unzureichend, es hätten sogar schon Konzerte abgebrochen werden müssen deswegen. Ein Vorspielsaal sei notwendig, die in der Vorlage genannten Gründe seien plausibel. Ein Neubau sei eine langfristige und sinnvolle Investition, die Umsetzung könnte 2019 oder 2020 erfolgen.

StR Dr. Rahm bittet um getrennte Abstimmung. Das Thema werde in der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert und seiner Ansicht nach sollte diese Diskussion nicht abgewürgt werden. Es sei zwar unbestritten, dass sich das Haus in keinem guten Zustand befinde und ein Sanierungsstau vorliege. Heute jedoch bereits den Abbruch zu beschließen, käme zu früh. Den Ziffern 1 und 2 könne die SPD-Fraktion daher nicht zustimmen. Die Musikschule benötige einen Vorspielsaal,



daher könne man Ziffer 3 zustimmen, allerdings nicht als Blankoscheck für den Bau des Saals, sondern zunächst einmal für die Vorplanung.

StR Heinkele erinnert daran, dass viele Bürger Biberachs eine sehr emotionale Bindung zum Pestalozzihaus hätten. Dieses sei in der Nazizeit verunstaltet worden und so habe es heute weder eine bauhistorische noch eine denkmalpflegerische Bedeutung. Es gebe es kein Foyer und keine Garderobe, es sei nicht barrierefrei und die Sanitäreinrichtungen seien in schlechtem Zustand. Der Bauausschuss habe sich umfassend mit dem Gebäude beschäftigt und der Gemeinderat habe sich durch eine Besichtigung vor Ort ebenfalls eine eigene Meinung bilden können. Herr Heinzel von Jugend Aktiv sei kurz vor der Sitzung mit der Idee eines Europahauses auf die Freien Wähler zugekommen. Zu Zweck, Trägerschaft, Notwendigkeit und Kosten dieses Hauses gebe es noch keine konkreten Aussagen, insofern könne er nichts zu dem Vorschlag sagen. Sollte heute der Abriss nicht beschlossen werden, bestünde aber noch Zeit, entsprechende Informationen einzuholen. Die Heizung lasse noch eine Nutzung über zehn Jahre zu und dies wolle man der vhs gerne zugestehen, so lange keine größeren Reparaturen anstehen. Den Ziffern 1 und 2 könne somit eine Mehrheit der Freien Wähler zustimmen. Auch Ziffer 3 sei zustimmungsfähig.

StR Dr. Schmid teilt mit, dass sich die Grünen für den Erhalt und die grundlegende Sanierung des Gebäudes aussprechen. Ihrer Ansicht nach handele es sich dabei um ein kulturhistorisch bedeutsames Gebäude. Das Stadtforum habe gute Gründe für dessen Erhalt genannt. Es gehe hierbei nicht nur um Nostalgie. Entscheidend sei vielmehr die emotionale Bindung vieler Bürger zum Pestalozzihaus, welches in den letzten 60 Jahren zu einem Haus der Kultur und Bildung geworden sei. Mit ihm würde ein Stück Biberacher Identität verloren gehen. Es müsse auch kritisch bewertet werden, dass die Stadt das Gebäude so herunterkommen habe lassen. Hier hätte man früher eingreifen müssen.

StR Funk erklärt, dass das Pestalozzihaus seit langem auf der Agenda stehe. Das Gebäude sei heute nicht mehr sinnvoll nutzbar. Das Stadtforum habe sich viel Mühe gegeben und hierum tue es ihm leid, aber die FDP werde der Vorlage zustimmen. Gut sei, dass nicht der sofortige Abriss beschlossen werde, so gebe es noch Zeit für ein eventuelles Bürgerbegehren.

StR Heidenreich möchte wissen, warum diese Vorlage nichtöffentlich vorberaten worden sei. Auch er sei für eine getrennte Abstimmung. Während der Restnutzungsdauer könne man dann überlegen, wie man weiter mit dem Haus verfahren solle.

Amtsleiter Winter erklärt hinsichtlich der Akustik im Pestalozzisaal, dass die Geschmäcker verschieden seien. Die Musikschule sei als offene Musikschule konzipiert, was bedeute, dass nicht nur eine Musikrichtung bedient werden solle, sondern viele verschiedene Stilrichtungen. Es müssten also sowohl Bläsergruppen als auch Rockbands in dem Saal spielen können. Durch die Akustik sollte keine Einschränkung erfolgen. Einen Rückbau des Saals halte er nicht für zielführend. Wenn Geld investiert werden solle, dann in die Zukunft. Die historische Bedeutung des Gebäudes könne er nicht nachvollziehen, da er selbst erst seit 15 Jahren in Biberach sei. Seiner Ansicht nach sei eine umfassende Sanierung ein Fass ohne Boden.

OB Zeidler erklärt, dass nichtöffentlich vorberaten worden sei, weil dies rechtlich zulässig sei. Dies möge eine etwas lieblose Antwort sein, aber rechtlich ist es möglich, einen so schwierigen und mit vielen Emotionen verbundenen Sachverhalt zunächst nichtöffentlich vorzubereiten. Er selbst könne auch nicht ganz nachvollziehen, weshalb mit dem Thema so viele Emotionen verknüpft

seien. In Bezug auf die Stellungnahme von StR Dr. Rahm stellt er klar, dass über die Zukunft des Pestalozzihauses seit zwei Jahren diskutiert werde. Zudem werde heute nicht der Abriss des Gebäudes beschlossen, in fünf Jahren gebe es vielleicht ganz andere Bedarfe. Vielleicht müsse man dann auch mehr in das Gebäude investieren, was die Verwaltung aus heutiger Sicht nicht wolle. In diesem Zusammenhang möchte er darauf hinweisen, dass ihm kein Antrag irgendeiner Fraktion bekannt sei, der die Sanierung des Gebäudes gefordert habe. Insofern trage auch der Gemeinderat einen Teil der Verantwortung. Der Ort für Demokratie und Europa sei für ihn das Rathaus. Die Ausführungen von Herrn Heinzl zu einem Europahaus enthalten sehr häufig den Begriff "vielleicht". Würde man sich am Samstag auf den Marktplatz stellen und nach Ideen für das Pestalozzihaus fragen, bekäme man mit Sicherheit viele Vorschläge. Die Frage sei aber, inwiefern diese tatsächlich umsetzbar wären.

StRin Sonntag möchte wissen, ob für die Zeit der Restnutzungsdauer der Saal wiederhergestellt werde oder ob die bisherigen Einbauten so bleiben sollen.

Baudezernent Kuhlmann erklärt, dass es bei den jetzigen Räumlichkeiten bleiben solle, da diese gerade besonders gefragt seien.

StRin Bopp teilt mit, dass auch ihr Herzblut an dem Gebäude hänge. Sie bitte darum, nochmal über eine andere Nutzung des Gebäudes nachzudenken.

StR Dr. Wilhelm schließt sich seiner Vorrednerin an und möchte wissen, warum die Absichtserklärung des Abrisses mit aufgeführt werden müsse, wenn heute kein Abriss beschlossen werden solle.

OB Zeidler erwidert, dass diese Formulierung als ein Signal verstanden werden solle, dass der Gemeinderat aus heutiger Sicht für den Abriss des Gebäudes nach der Restnutzungsdauer plädiere.

StR Funk ergänzt, dass dies auch eine Frage der Transparenz sei.

StR Heidenreich meint, dass man dann auch sagen könne, dass das Gebäude derzeit nicht saniert werde.

OB Zeidler erwidert spaßhaft, man könne auch noch ein "wahrscheinlich" einfügen. Anschließend stellt er die drei Ziffern des Beschlussantrages einzeln zur Abstimmung.

Ziffer 1 wird bei 20 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Ziffer 2 wird bei 19 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.

Ziffer 3 wird einstimmig zugestimmt.

Damit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

#### **Beschluss:**

- 1. Das Pestalozzihaus wird nicht saniert.**
- 2. Nach Ausnutzung der Restnutzungsdauer in geeigneter Form ist beabsichtigt, das Gebäude abzubauen.**

- 3. Die Verwaltung wird beauftragt bis 2018 eine Vorplanung und Kostenprognose für einen neuen Vorspielsaal als Anbau an das Hauptgebäude der Bruno-Frey-Musikschule zur Entscheidung vorzulegen.**

**TOP 4.      Antrag auf Einrichtung eines Förderfonds für musische und      2017/145**  
**darstellende Künste - Antrag der FDP-Fraktion vom 29.6.2017**  
**- AT 2017/013**

Der dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Antrag wurde von der FDP-Fraktion vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen.

**TOP 5. Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 2017/189  
30.09.2017**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/189 zur Kenntnisnahme vor.

StRin Kübler möchte wissen, worauf die geringe Auslastung bei den Kindergärten zurückzuführen sei und weshalb für die Unterhaltung von Straßen weniger Mittel eingestellt worden seien.

Amtsleiterin Leonhardt erklärt, dass die Auslastung bei den Kindergärten volatil sei. Man habe mit 85 Prozent geplant, tatsächlich liege die Auslastung aber bei 80 Prozent. Für den Unterhalt der Straßen sei aufgrund des Personalmangels im Tiefbauamt weniger Geld eingestellt worden.

StRin Kübler fragt nach, weshalb die Auslastung nur bei 80 Prozent liege.

Amtsleiterin Kloos erklärt, dass der Kindergarten Memelstraße nach seiner Eröffnung nicht gleich voll ausgelastet gewesen sei.

StR Funk erkundigt sich, wann die Abrechnungen zwischen Hospital und Stadt ins Gremium eingebracht werden. In diesem Zusammenhang möchte er auch wissen, wie es mit der Betriebskostenabrechnung der Kinderkrippen in freier Trägerschaft aussehe, ob die im Bericht genannten 560.000 Euro bereits beim Hospital verbucht worden seien und ob es bei dieser Summe bleiben werde. Zudem heiße es im Bericht, dass in diesem Jahr weniger Flächen erworben worden seien und auch im nächsten Jahr mit weniger Grunderwerb zu rechnen sei. Auch hierzu hätte er gerne nähere Informationen.

OB Zeidler erklärt, dass er hinsichtlich der Krippenverträge mit den freien Trägern froh wäre, wenn es bei den 560.000 Euro bleiben würde. Da werde noch etwas hinzukommen. Die Berechnungen würden zurückgehen bis ins Jahr 2011, wobei aber nicht alles auf einmal bezahlt werden müsse. Ihm sei zugesagt worden, dass es hierzu bis November Äußerungen geben werde, die dann im Haushaltsplan genannt werden können. Für die Beratungen des Haushalts sollte es somit eine konkrete Zahl geben.

EBM Wersch erläutert, dass man permanent mit dem Thema Grunderwerb beschäftigt sei. Es gebe immer wieder Erfolge und auch Misserfolge. Insofern sei das ganze recht volatil und die Verschiebungen im Haushalt eher gering. Die großen Projekte seien bekannt und auch mit diesen sei man permanent betraut.

StR Dr. Wilhelm führt aus, dass Investitionszuschüsse des Bundes für Kindergärten nicht Gegenstand der Haushaltsplanung gewesen seien. Er möchte gerne wissen, wie dies sein könne.

Amtsleiterin Leonhardt erklärt, dass die Investitionszuschüsse vom zuständigen Fachamt nicht angemeldet worden seien, aus diesem Grund seien sie nicht in den Plan eingeflossen.

OB Zeidler ergänzt, dass das ABBS versäumt habe, die Investitionskosten des Bundes anzumelden.

## Öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 26.10.2017

StR Walter erklärt, dass die Schlüsselworte des Berichts "höhere Erträge" und "planmäßig" seien. Der Bericht zeige, dass es der Stadt gut gehe und dass in der Verwaltung gut gearbeitet werde.

StRin Goeth schließt sich ihrem Vorredner an, Biberach stehe gut da und darüber könne man sich freuen. Zugleich müsse man aber auch vorsichtig sein und Rücklagen bilden für schlechte Zeiten.

StR Braig teilt mit, dass es witzig sei, wenn StR Walter meine, dass die Verwaltung gut gearbeitet habe. Er möchte klarstellen, dass die Verwaltung selbst gar nichts erwirtschaftete, sondern die Firmen und Bürger. Auf diese gehe die gute Haushaltslage zurück.

**Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.**

**TOP 6. Bericht zur Haushaltsplanentwicklung des Eigenbetriebs Stadt- 2017/179  
entwässerung Biberach - III. Quartal 2017**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/179 zur Kenntnisnahme vor. Die Vorberatung und Kenntnisnahme erfolgte im Bauausschuss am 16.10.2017.

Baudezernent Kuhlmann teilt mit, dass die Entwicklung des Haushalts planmäßig verlaufe. Es habe lediglich geringfügige Verschiebungen aufgrund von unvorhersehbaren Ereignissen gegeben. Größere Projekte würden planmäßig vorangehen. Umschichtungen hätten vor allem aufgrund der Hochwasserereignisse vorgenommen werden müssen.

**Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.**

**TOP 7.      Verbandsversammlung Zweckverband IGI Risstal  
- Entsendung von Vertretern aus dem Gemeinderat**

**2017/175**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/175 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 19.10.2017.

OB Zeidler berichtet, dass das Regierungspräsidium die Satzung des Zweckverbandes mittlerweile genehmigt habe. Heute gehe es nun darum, Biberachs Vertreter für die Verbandsversammlung zu bestimmen. Bei der CDU-Fraktion seien die Stadträte Friedrich Kolesch und Johannes Walter ausgewählt worden, bei der SPD Stadtrat Lutz Keil und Stadträtin Gabriele Kübler.

StR Mader wirft die Frage auf, ob es richtig sei, Herrn StR Kolesch als Vizepräsident der IHK in die Verbandsversammlung zu entsenden. Dies hätte er gerne überprüft. Er persönlich halte es für falsch und würde gerne wissen, ob es auch hierzu bereits ein Ergebnis seitens des Regierungspräsidiums gebe.

OB Zeidler erklärt, dass das Regierungspräsidium lediglich die Satzung genehmigt habe, das zu entsendende Personal sei nicht Gegenstand der Prüfung gewesen. Das Regierungspräsidium müsse mit dieser Frage nicht befasst werden, auch Amtsleiterin Appel könne kurz erläutern, weshalb in diesem Fall keine Befangenheit vorliege.

StR Walter teilt mit, dass diese Frage von StRin Kübler bereits nichtöffentlich gestellt und zur Zufriedenheit aller Anwesenden beantwortet worden sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Nein-Stimme (StR Mader), 7 Enthaltungen (StRe Dr. Rahm, Heidenreich, Dr. Wilhelm, Weber, Dr. Schmid, StRin Hölz, Sonntag) und restlichen Ja-Stimmen mehrheitlich folgenden

**Beschluss:**

**Städtischer Vertreter in der Verbandsversammlung ist Baudezernent Christian Kuhlmann, Stellvertreter Oberbürgermeister Norbert Zeidler.**

**Für den Gemeinderat in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes IGI Risstal entsandt werden von der CDU Fraktion: StR Johannes Walter, Stellvertreter Friedrich Kolesch.**

**Von der SPD-Fraktion: StRin Gabriele Kübler, Stellvertreter Lutz Keil.**



**TOP 8.1. Bekanntgaben - Volkstrauertag**

OB Zeidler erinnert daran, dass am 19. November der Volkstrauertag stattfindet. Zu der Gedenkveranstaltung um 17 Uhr seien alle Mitglieder des Gemeinderats herzlich eingeladen.

**TOP 8.2.    B 312 / Ortsumfahrung Ringschnait - Antrag der CDU-Fraktion    AT 2017/018**

Dem Gemeinderat liegt der dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Antrag der CDU-Fraktion AT 2017/018 zur Ortsumfahrung Ringschnait vor.

OB Zeidler erklärt, dass eine Vorlage hierzu in Arbeit sei.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

**TOP 8.3. Bekanntgabe eines nichtöffentlich gefassten Beschlusses des Gemeinderats vom 05.10.2017 2017/138**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2017/138 zur Kenntnisnahme vor.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

**TOP 9.1.    Verschiedenes - Hundeverbot auf dem Wochenmarkt**

StR Keil berichtet, dass er der Leiterin des Ordnungsamtes, Frau Länge, vor einiger Zeit geschrieben habe, dass die grünen Schilder, die früher auf das Hundeverbot auf dem Wochenmarkt hingewiesen haben, seit ein paar Wochen nicht mehr vorhanden seien. Von Amtsleiterin Länge habe er die Antwort erhalten, dass hierfür Frau Emmel zuständig sei und diese gerade in einer Kommission dabei sei, Vorschläge diesbezüglich zu erarbeiten. Er würde gerne wissen, wann er mit einer Lösung dieses Problems rechnen könne. Ebenso seien Radfahrer ein Problem, auch hier würde ihn interessieren, ob eine Untersagung möglich wäre. Abschließend bittet er darum zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, den Marktmeister mit einer Uniform auszustatten. Dieser habe ihm mitgeteilt, dass ihm eine Uniform die Arbeit erleichtern würde.

OB Zeidler sagt zu, dass man sich um das Schild kümmern werde. In diesem Zusammenhang werde auch seine Anmerkung bezüglich der Radfahrer mit aufgenommen. Die Ausstattung des Marktmeisters mit einer Uniform werde ebenso geprüft. Dieser hätte seinen Wunsch auch einmal intern an ihn herantragen können.

**TOP 9.2.    Verschiedenes - StR Heinkele übernimmt ab 1. November  
Fraktionsvorsitz bei den FW**

StRin Goeth teilt mit, dass bei den Freien Wählern eine Umstrukturierung vorgenommen werde. Ab 1. November werde StR Heinkele den Fraktionsvorsitz übernehmen. StRin Etzinger werde das Amt der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden übernehmen. Sie selbst werde 2019 nicht mehr für den Gemeinderat kandidieren und es sei sinnvoll, dass sich bereits jetzt ein Team einarbeite. Die anstehenden Haushaltsberatungen hätten sich für diese Umstrukturierung angeboten.

**TOP 9.3.    Verschiedenes - Minikreisel Gaisental**

StR Kolesch berichtet, dass in der nächsten Woche der Minikreisel in der Gaisentalstraße umgebaut werden solle. Nun gebe es aber in der nächsten Woche gleich zwei Feiertage. Ihm stelle sich daher die Frage, warum dies gerade in dieser Woche gemacht werden müsse. Wenn man mit einer Baustelle anfangen, dann sollte diese auch fertigwerden, gerade an einer so vielbefahrenen Stelle.

Baudezernent Kuhlmann erklärt, dass der Zeitpunkt bewusst wegen den Ferien gewählt worden sei. So habe man drei Tage, an denen wenig Verkehr herrsche. Es handele sich zudem um keine große Maßnahme. Die Arbeiten seien zudem eng getaktet. Gleichwohl könne er nicht versprechen, dass bereits am Freitag alles fertig sein werde.

**TOP 9.4.    Verschiedenes - Bürgertag**

StR Hagel bedankt sich für die Organisation und Durchführung des Bürgertags. Es sei eine tolle Veranstaltung gewesen, die auch in der Öffentlichkeit sehr gut angekommen sei.

**Gemeinderat, 26.10.2017, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: ..... Oberbürgermeister Zeidler

Stadtrat: ..... Hagel

Stadtrat: ..... Keil

Schriftführer: ..... Achberger

Gesehen: ..... EBM Wersch

Gesehen: ..... BM Kuhlmann